

«Gier ist gefährlich»

Interview: Roger Nickl

Immer mehr ist nicht immer besser, sagt Marc Chesney. Der Ökonom kritisiert das Wachstumsdenken der Wirtschaft und fordert von den Banken, nicht mehr in fossile Brennstoffe zu investieren.

Marc Chesney, was verstehen Sie unter Reichtum?

MARC CHESNEY: Es gibt zwei Arten von Reichtum: den Besitz von materiellen Gütern – Geld, Immobilien, Autos – und die geistigen, moralischen und intellektuellen Werte, die wir uns aneignen. Letztere sind

meiner Meinung nach viel wichtiger. Oft wird das Haben aber mit dem Sein verwechselt.

Wie meinen Sie das?

CHESNEY: Wir brauchen materielle Güter, das ist klar. Jeder benötigt etwa eine Wohnung, aber eben nicht Dutzende. In der Wirtschaftswissenschaft wird aber gelehrt, dass «immer mehr» ein Synonym für «immer besser» ist. Das mag für die Ärmsten in gewissem Masse stimmen. Wenn jemand aber schon gut lebt und immer mehr will, ist das fragwürdig – Gier ist gefährlich, denn sie setzt das Haben über das Sein.

Sie kritisieren das Wachstumsdenken der Wirtschaft – weshalb?

CHESNEY: Weil das Ziel, immer zu wachsen, nicht realistisch ist. Wir müssen uns als Gesellschaft fragen, ob permanentes Wachstum möglich und wünschenswert ist. Ein Naturgesetz ist es jedenfalls nicht, obwohl es in den Wirtschaftswissenschaften oft so gehandelt wird. Das ökonomische Wachstumsdenken beruht lediglich auf fragwürdigen Annahmen, die zu oft nicht wirklich kritisch diskutiert werden. «Business as usual» ist auch in den Wirtschaftswissenschaften unangebracht. Heute sollten wir dagegen «out of the box» denken und wahrscheinlich sogar eine neue Denkschule schaffen. Die Finanzinstabilität und die menschengemachte Klimaerwärmung sind aktuelle Herausforderungen, die auch neue Lösungen erfordern.



Marc Chesney

Die Forschungsschwerpunkte des Professors für Quantitative Finance an der Universität Zürich sind Finanzderivate und ihre Systemrisiken, Finanzinstabilität, Insideraktivitäten, Managerlöhne und

Umweltfinance. Er ist Autor des Buchs: *Die permanente Krise*, Versus Verlag 2019. marc.chesney@bf.uzh.ch

Mikrosteuer

Energiewende finanzieren

Ökonom Marc Chesney schlägt vor, das Schweizer Steuersystem komplett zu revidieren. Mikrosteuern, Abgaben auf den elektronischen Zahlungsverkehr, sollen die Staatskassen füllen.

Unser Steuersystem sei archaisch, bürokratisch und komplex, sagt Marc Chesney. Der Ökonomieprofessor am Institut für Banking und Finance der UZH plädiert deshalb dafür, zeitgemässer Steuern zu erheben und das Schweizer Steuersystem dadurch zu vereinfachen und gerechter zu machen. «Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und wird viele Jobs etwa in Supermärkten oder im Taxigewerbe eliminieren», sagt Chesney, «viele Leute werden künftig

unterbeschäftigt sein.» Deshalb sei es nicht mehr sinnvoll, wie bis anhin vor allem Arbeit und Einkommen zu besteuern. Chesney schlägt als Alternative vor, Steuerabgaben für den elektronischen Zahlungsverkehr zu erheben. Denn elektronische Geldtransaktionen sind in den vergangenen Jahrzehnten förmlich explodiert und machen heute mindestens das 150-fache des Bruttoinlandprodukts der Schweiz, rund 100 000 Milliarden Franken aus.

Mikrosteuer heisst das Schlüsselwort in Chesneys Vision für die Steuern von morgen. Konkret möchte er jede Geldtransaktion mit einer Abgabe von 0,1 Prozent des Transaktionswerts belegen. So würden beispielsweise bei einem Bezug von hundert Franken am Bankomaten automatisch 10 Rappen Mikrosteuer abgezogen. Auf diese Weise könnten jährlich rund 100 Milliarden Franken generiert werden – mehr als doppelt so viel wie die 47 Milliarden Franken, die bisher jedes Jahr mit Mehrwertsteuern und direkten Bundessteuern zusammenkommen. «Das Steuersubstrat ist so riesig, dass der Steuersatz sehr tief sein kann – deshalb sprechen wir von Mikrosteuern», sagt

Chesney, «mit den Überschüssen, die aus dieser Besteuerung entstehen, könnten die Kantone beispielsweise die Energiewende finanzieren.»

Von der Mikrosteuer profitieren würden die meisten Haushalte und Unternehmen in der Schweiz, glaubt Marc Chesney, weil sie weniger Steuern zahlen und sich mit weniger Bürokratie herumschlagen müssten. Mehr zur Kasse gebeten würden dagegen die Grossbanken, die meistens Hochfrequenzhandel betreiben – den computergestützten Handel von Wertpapieren, der sich durch extrem kurze Haltezeiten und einen hohen Umsatz auszeichnet. Chesneys Ziel ist es nun, gemeinsam mit seinen Mitstreitern – dem ETH-Professor Anton Gunzinger, dem früheren Bundes-Vizekanzler Oswald Sigg, dem Rechtsanwalt Jacob Zraggen und dem Vermögensverwalter Felix Bolliger – möglichst noch in diesem Jahr eine Initiative zur Einführung der Mikrosteuer zu lancieren. «Die Mikrosteuer steht wie ein weisser Elefant im Raum», sagt Chesney, «bislang hat ihn aber noch fast niemand sehen wollen.» Text: Roger Nickl

Wie soll dieses neue Denken aussehen?

CHESNEY: Schauen wir uns die letzte Finanzkrise an: Auslöser waren dubiose, komplexe Finanzprodukte und ein riesiger Schuldenberg. Die aktuelle Ökonomie basiert auf einem Dualismus: Schulden – Wachstum. Schulden wären in dieser Logik nützlich, um das Wachstum zu fördern, und das Wachstum wäre nötig, um einen Teil der Schulden zurückzahlen. Das ist ein Teufelskreis, der nicht wirklich funktioniert. Denn Wachstum ist nicht immer möglich und auch nicht immer wünschenswert. Deshalb brauchen wir neue Paradigmen – neue Mindsets jenseits dieses Paradigmas. Da stehen wir als Wissenschaftler und akademische Lehrer auch in der Pflicht.

Inwiefern?

CHESNEY: Vergleicht man international die universitären Vorlesungsverzeichnisse im Finanzwesen und in der Ökonomie von vor der Krise mit den heutigen, stellt man fest, dass die Themen nicht genug angepasst

sind. Die Krise von 2008 spiegelt sich zu wenig darin, ich frage mich manchmal, ob sie überhaupt stattgefunden hat – das ist peinlich. Wir sollten Vorlesungen und Studienprogramme so gestalten, dass die aktuellen Herausforderungen analysiert und ernst genommen werden.

Was können Sie als Forscher und Ökonomieprofessor konkret tun?

CHESNEY: In erster Linie kann ich die wesentlichen Konzepte der Wirtschaftswissenschaften kritisch hinterfragen. Dies, um zu überprüfen, welche heute noch Sinn ergeben und welche obsolet sind – beispielsweise eben die Tatsache, dass «immer mehr» oft als Synonym für «immer besser» dargestellt wird. Das sollte hinterfragt werden. Und wir müssen uns fragen, ob Geld ein Mittel oder ein Zweck ist. Im Gegensatz beispielsweise zur Physik gibt es in der Ökonomie letztlich keine fundamentalen Gesetze, die zu allen Zeiten und an allen Orten gelten.

Fortsetzung auf Seite 47

*Sie haben die Klimaerwärmung erwähnt –
inwiefern ist permanentes Wachstum
ökologisch problematisch?*

CHESNEY: Wachstum erfordert nicht nur wie erwähnt ein unhaltbares Anhäufen von Schulden, es stützt sich auch auf geplante Obsoleszenz. Das heisst, Waren werden so konzipiert, dass sie nur eine gewisse Zeit halten. Das belebt zwar den Handel, ist aber umweltschädlich. Deshalb müssen wir umdenken. Wir müssen Produkte entwickeln und kaufen, die nachhaltig sind. Banken sollten auch nachhaltig investieren. Viele setzen noch viel zu stark auf Investitionen in fossile Brennstoffe.

Findet da ein Umdenken statt?

CHESNEY: Nicht genug. Ich sage auch nicht, dass alles falsch läuft. Aber die Grossbanken sind weit weg von dem, was sie tun sollten – nämlich sich an die Klimaziele zu halten, zu denen sich die Schweiz mit dem Pariser Abkommen von 2015 verpflichtet hat,

mit einer Klimaerwärmung von höchstens zwei Grad am Ende des Jahrhunderts.

Wie könnte sich das ändern?

CHESNEY: Es braucht Kunden, Aktionäre, Studierende, Professoren, Journalisten, letztlich verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, die ihnen auf die Finger schauen und nachfragen. Wenn sich die schweizerischen Finanzinstitute, darunter auch die Nationalbank, darauf verpflichten würden, nicht mehr in Öl zu investieren, wäre das ein starkes Signal. Das wäre auch gut für ihren Ruf. Politisch gesehen sind solche Forderungen übrigens weder links noch rechts anzusiedeln, denn wir sind alle von der Klimaerwärmung betroffen. Unser heutiges Wachstumsdenken geht auf Kosten künftiger Generationen, das ist schlicht egoistisch. Das «Immer mehr» sollten wir deshalb durch das «Genügende» und «Notwendige» ersetzen, das es braucht, um ein vernünftiges und menschenwürdiges Leben zu führen.